



♦ Wir haben gefragt. Du hast geantwortet. Vor dem Start der Tarifrunde wollten wir wissen, was dir wichtig ist. Die wichtigsten Ergebnisse auf Seite 2



♦ Eine Tarifrunde will gut vorbereitet sein. In einem Workshop plante ein Kreis von Aktiven die Befragung im Vorfeld der Tarifrunde. Seite 4



nachdruck

WIR FÜR NRW. WIR FÜR LIPPE.



Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Nr.67 | Sommer 2025

Plus ist muss

Das Leben wird teurer, die Beschäftigten ein deutliches Plus um die steigenden Kosten auszugleichen.

Die Tarifrunde in der lippischen Kunststoffindustrie startet: Die Tarifkommission der IG Metall hat am 25. Juni die Forderungen beschlossen: 5,5 Prozent mehr Geld bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Vorausgegangen war eine intensive Diskussion der Tarifkommission, der neben Nikolaus Böttcher als Hauptamtlichen der IG Metall Detmold Betriebsräte der einzelnen lippischen Kunststoffbetriebe angehören. Allen ist die schwierige Situation der Branche und besonders in einigen Unternehmen der lippischen Kunststoffindustrie bekannt. Doch alle wissen aus eigener Erfahrung, wie hoch die Belastungen sind. Alle gehen einkaufen und wissen, dass die Preise nur eine Richtung kennen. Vieles wird teurer, also brauchen die Beschäftigten auch mehr Lohn und Gehalt.

Die Inflation hat sich seit dem vergangenen Tarifabschluss im Herbst 2023 zwar beruhigt, weg ist sie aber nicht. Die Statistik zeigt regelmäßig über 2 Prozent im Vorjahresvergleich an. Und die Gefahr, dass die Inflation wieder kräftig anzieht, ist durch Kriege und Krisen jederzeit gegeben. Für die Auszubildenden soll es eine Schuppe obendrauf geben. Auch ihr Leben ist teurer geworden. Im ersten Ausbildungsjahr erhalten sie nach Tarifvertrag etwas weniger als 1.000 Euro. Das ist spürbar weniger als in der Metall- und Elektroindustrie. Das erfahren die Auszubildenden spätestens, wenn sie mit den anderen in der Berufsschulklasse sitzen. Wahrscheinlich aber viel früher, weil die Jugendlichen vernetzt sind und schon wissen, wo sie welche Vergütung erhalten. Es geht mit einer überproportionalen Anhebung darum, die Lücke etwa zur Metall- und Elektroindustrie nicht größer werden zu lassen, damit auch künftig junge Menschen den Weg in die Kunststoffindustrie finden.

Teil der Forderung der IG Metall ist eine soziale Entlastungskomponente für alle Beschäftigten. Denkbar sind zum Beispiel Wahloptionen der Beschäftigten zwischen Zeit und Geld für einige Tage im Jahr. »Wir denken, mit unserer Forderung den Zahn der Zeit zu treffen und die Bedürfnisse der Belegschaften abzubilden«, sagt René Jahns, Betriebsrat bei Coko und Mitglied der Tarifkommission.

Die heiße Phase der Tarifrunde beginnt im September. Wir halten dich auf Laufenden. Beteilige Dich an unserer Tarifbewegung!

Also sollen die Durchsagen der neuen Bundesregierung wohl eher im Kopf wirken und ein schlechtes Gewissen machen. »Bin ich wirklich krank oder kann ich mich doch noch zur Arbeit schleppen? Kann ich nicht auch mal unbezahlt mehr arbeiten?« Solche Fragen sollen entstehen. Und auch die Antwort, eben in die Hände zu spucken, um – jetzt wird es groß – Deutschland zu retten.

Wenn Friedrich Merz fordert, dass die Deutschen wieder mehr arbeiten müssten, liefern ihm Institute gleich Futter. Nach Daten des Instituts der Deutschen Wirtschaft arbeiten die Deutschen im internationalen Vergleich weniger als andere führende Wirtschaftsnationen. Am meisten arbeiten angeblich die Neuseeländer.

Aber was soll uns das sagen? Für Merz müssen 40 Stunden und mehr her und mehr Effizienz.

»Mit Viertagewoche und Work-Life-Balance werden wir den Wohlstand dieses Landes nicht erhalten können«, sagt er. Alle Potenziale müssen an den Schreibtisch oder an den Spritzgussmaschine. Mütter in Vollzeit, Rentner in Teilzeit und so weiter. Die demografischen Herausforderungen nehmen auch zu. Menschen im arbeitsfähigen Alter werden im Verhältnis zu anderen Bevölkerungsteilen immer weniger wird da behauptet. Stimmt zwar nicht (siehe auch Seite 2 zum Thema Rente), aber egal.

Alles schon mal dagewesen. Das letzte Mal wurde diese Platte vor gut 20 Jahren zum Hit. Die Ergebnisse waren Hartz IV und eine erhebliche Flexibilisierung der Arbeit, vor allem durch Leiharbeit.

Dabei geht es Teilen der Wirtschaft gar nicht schlecht. Der DAX schafft Rekorde, selbst die

» vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird. In diesem Sinn hoffen wir, dass das alles Testballone sind, die in den vergangenen Wochen aufgestiegen sind. Länger, flexibler arbeiten gehört dazu, den Druck auf Arbeitslose erhöhen, mal wieder Diskussionen über die Rente. Geplant sind auch Entlastungen für Unternehmen mit der Gießkanne. Sicher ist, dass die Gastronomie künftig 7 Prozent Mehrwertsteuer zu entrichten hat. Bei all den Beiträgen darf nicht übersehen werden, dass nur wenig davon bislang konkret ist. Das heißt auch, wie können noch Einfluss nehmen und versuchen, Dinge in unserem Sinne einzufordern und mitzugestalten. Themen wie ein Betriebsrätemodernisierungsgesetz sind nach wie vor bedeutsam. Dies hat sich die alte Bundesregierung ins Buch geschrieben, in dreieinhalb Jahren aber nicht umgesetzt.

Ob bei der startenden Tarifrunde in der lippischen Kunststoffindustrie die politische Großwetterlage eine Rolle spielen wird, ist offen. Das Beschäftigte mehr leisten und verzichten sollen, wie sich das manch Politiker lauthals vorstellt, klingt für uns jedenfalls wie ein Hohn. In den Betrieben leben wir seit Jahren mit Leistungsverdichtung bis hin zur Erschöpfung. Zuviel Arbeit macht auf Dauer krank. Der Mensch ist eine endliche Ressource, die gepflegt und wertgeschätzt werden muss. Zugleich wissen wir, dass die lippische Kunststoffindustrie im Wesentlichen eine Zulieferindustrie ist, abhängig von größeren Playern. Dieses Geschäft läuft nicht immer rund. Das ist für uns aber kein Grund, uns unter Wert zu verkaufen.

Nikolaus Böttcher, IG Metall Detmold



Das fordern wir

5,5 % mehr Lohn & Gehalt

Überproportional mehr für die Auszubildenden

Entlastung für alle Beschäftigten

bei einer Laufzeit von 12 Monaten

fett-ecke

Jetzt soll wieder in die Hände gespuckt werden

»Wenn sich Opa am Sonntag auf sein Fahrrad schwingt und heimlich in die Fabrik eindringt, dann hat Oma Angst, dass er zusammenbricht, denn Opa macht heute wieder Sonderschicht, ja, jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt«, sangen Geier Sturzflug 1982. Dass Arbeitnehmer gefälligst mehr Arbeit auf sich nehmen sollen, das ist eine Schallplatte die spätestens seit Beginn der Industrialisierung immer wieder neu aufgelegt wird.

Das besondere aktuell: Eigentlich passt die Forderung, mehr zu arbeiten, gar nicht in eine Zeit von Arbeitskräftemangel. Denn da müssen Menschen eher motiviert werden mit guten Entgelten und Arbeitsbedingungen. Niemand lässt sich heute mehr zur Arbeit prügeln, auch wenn es bei Bürgergeld-Empfängern gerade mal wieder versucht wird.

Also sollen die Durchsagen der neuen Bundesregierung wohl eher im Kopf wirken und ein schlechtes Gewissen machen. »Bin ich wirklich krank oder kann ich mich doch noch zur Arbeit schleppen? Kann ich nicht auch mal unbezahlt mehr arbeiten?« Solche Fragen sollen entstehen. Und auch die Antwort, eben in die Hände zu spucken, um – jetzt wird es groß – Deutschland zu retten.

Wenn Friedrich Merz fordert, dass die Deutschen wieder mehr arbeiten müssten, liefern ihm Institute gleich Futter. Nach Daten des Instituts der Deutschen Wirtschaft arbeiten die Deutschen im internationalen Vergleich weniger als andere führende Wirtschaftsnationen. Am meisten arbeiten angeblich die Neuseeländer.

Aber was soll uns das sagen? Für Merz müssen 40 Stunden und mehr her und mehr Effizienz.

»Mit Viertagewoche und Work-Life-Balance werden wir den Wohlstand dieses Landes nicht erhalten können«, sagt er. Alle Potenziale müssen an den Schreibtisch oder an den Spritzgussmaschine. Mütter in Vollzeit, Rentner in Teilzeit und so weiter. Die demografischen Herausforderungen nehmen auch zu. Menschen im arbeitsfähigen Alter werden im Verhältnis zu anderen Bevölkerungsteilen immer weniger wird da behauptet. Stimmt zwar nicht (siehe auch Seite 2 zum Thema Rente), aber egal.

Alles schon mal dagewesen. Das letzte Mal wurde diese Platte vor gut 20 Jahren zum Hit. Die Ergebnisse waren Hartz IV und eine erhebliche Flexibilisierung der Arbeit, vor allem durch Leiharbeit.

Dabei geht es Teilen der Wirtschaft gar nicht schlecht. Der DAX schafft Rekorde, selbst die

Automobilkonzerne machen immer noch Milliarden Gewinne und dürfen trotzdem »Krise« schreien. Schlechter geht es da schon Zulieferern, die in der Nahrungskette weiter unten stehen.

Die Gewerkschaften werden die Ansagen der neuen Bundesregierung, massiv weiter von unten nach oben umzuverteilen, nicht mitmachen. Faktisch arbeiten die Deutschen 2023 mehr als zehn Jahre zuvor. Das sagen die Daten auch. Was keine gute Botschaft ist. Denn die Produktivität vor allem in der Industrie ist in den zehn Jahren gestiegen, der Leistungsdruck auch. Wo in einer Stunde einfach mehr Ergebnis herauskommt, müssen Beschäftigte beteiligt werden. Durch mehr Geld und/ oder mehr Freizeit. Das ist eine ganz einfache Formel, die Arbeitgeber gerne ausblenden. Und schließlich gibt es im Leben noch mehr als Lohnarbeit.

► kurz berichtet

Länger arbeiten

Immer wieder versuchen arbeitgebernahe Institute, Wirtschaftsexperten und eine Reihe von Politikern, an der Rente zu kratzen. Will heißen, die vergleichsweise sichere gesetzliche Rente durch spekulative Aktienrenten oder private Formen zu ersetzen. Oder den Renteneintritt von 67 auf 70 Jahre zu erhöhen.

Noch gibt es freiwillige Anreize, etwa von der neuen Bundesregierung, die verspricht, dass Rentner, die weiter arbeiten, bis zu 2.000 Euro monatlich steuerfrei behalten können. Doch auch harte gesetzlich Verschärfungen sind in den kommenden Jahren möglich. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW), durchaus arbeitgebernah, beklagt in einer aktuellen Studie, immer weniger Menschen müssten immer mehr erwirtschaften. An solchen Behauptungen stimmt aber eigentlich gar nichts:

- 2024 gab es 46,1 Millionen Beschäftigte in Deutschland, so viel wie noch nie seit der Wiedervereinigung – und zum Beispiel satte drei Millionen mehr als 2015.

- Dass die Zahl der Menschen in Deutschland künftig abnehmen könnte, ist politisch so gewollt, Einwanderung wird gerade stark begrenzt. Genauso könnte eine stärkere Einwanderung innerhalb weniger Jahre diejenigen, die in Rente gehen, ausgleichen.

- Was völlig ausgeblendet wird, ist die wachsende Automatisierung und Digitalisierung und somit die höhere Produktivität. Mehr Arbeit wird von Maschinen übernommen. Mehr Produktivität sollte weniger Arbeitszeit bei gleichem Lohn bedeuten – und nicht ausgedehnte Arbeitszeiten im Alter.

- Zu behaupten, Menschen müssten länger arbeiten, schließlich steige ja auch die Lebenserwartung, ist irreführend. Bei Männern ist die Lebenserwartung von 2006 bis 2023 um gerade mal um ein Jahr gestiegen, bei Frauen sogar noch weniger.

Die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken, indem auch weitere Gruppen wie Selbstständige und Beamte in einer Rentenversicherung zusammengeführt werden, das ist ein Ziel der IG Metall. Ganz entschieden wendet sich gegen jegliche Versuche, die Rente auf nach 67 verschieben. Wer stark belastet ist oder lange Jahre eingezahlt hat, soll auch weiterhin abschlagsfrei in Rente gehen können.

Wir haben gefragt. So hast Du geantwortet

Vor dem Start der Tarifrunde in der lippischen Kunststoffindustrie wollten wir wissen, wie Du die Lage für Dich und in Deinem Betrieb einschätzt. Die Ergebnisse waren wichtig für uns, um die Forderungen aufzustellen.

☐ Mit dem aktuellen Lohn/Gehalt kann ich meinen Lebensunterhalt decken.

4 %	sehr gut
31 %	gut
52 %	gerade so
14 %	schlecht

☐ Fühlst du dich in deinem Betrieb fair und wertschätzend behandelt?

51 %	ja
49 %	nein

☐ Schwerpunkt für die Tarifrunde:

70 %	Entgelt
22 %	mehr Freizeit
8 %	anderes

☐ Bin bereit, mich an Aktionen zu beteiligen:

71 %	ja
29 %	nein

► Das eigene Einkommen in den Betrieben wird unterschiedlich eingeschätzt. Für eine knappe Mehrheit reicht es gerade so.

► Wertschätzung und Fairness sind immer wieder Thema in der Arbeitswelt. Positiv ist, dass sich gut die Hälfte durchaus wertschätzt fühlt.

► Eindeutig das wichtigste Thema für die anlaufende Tarifrunde ist die Erhöhung der Entgelte. Aber auch mehr Freizeit ist vielen Beschäftigten wichtig.

► Erfreulich: Sehr viele Kolleginnen und Kollegen sind bereit, aktiv Zeichen zu setzen für die Forderungen in der angelaufenen Tarifrunde.

Über 800 Kolleginnen und Kollegen haben geantwortet. Vielen Dank dafür!

Von der Holzschraube zum Thermoplast

Bei Gerdes sah es im vergangenen Jahr schlecht aus. Rosig sind die Aussichten immer noch nicht, aber ein massiver Beschäftigtenabbau ist erst mal vom Tisch.

In Sichtweite zueinander liegen im Extertal die Betriebe Friedrichs & Rath und Gerdes. Ersterer taucht öfters im »Nachdruck« auf, über Gerdes haben wir schon länger nicht mehr berichtet.

Gerdes wurde bereits 1873 in Schwelm gegründet, damals als Hersteller von Holzschrauben. Seit 1959 hat sich Gerdes voll und ganz auf den Kunststoff konzentriert, zunächst auf Duroplast, gehärtetes Kunstharz, dafür errichtete Gerdes das Werk in Extertal. Heute stellt Gerdes Kunststoffspritzguss her, Standard- und Spezialthermoplaste im Ein- und Mehrkomponentenverfahren. Vor allem werden technische Funktions- und optische Bauteile im Sichtfeld hergestellt, auch einzelne Baugruppen werden montiert. Viele Kunden kommen aus dem Bereich der »Weißen Ware«, also Waschmaschinen, Kühlschränke und weiteres, auch Teile für Werkzeuge wie Bohrhämmer werden bei Gerdes gegossen.

Und seit 2014 gehört Gerdes zur Prettl Gruppe. Das Familienunternehmen ist in verschiedenen Bereichen praktisch welt-

weit aktiv, in mehr als 25 Ländern mit rund 9.000 Beschäftigten. Zu Gerdes gehört noch zwei Werke in Polen, seit 1997 in Posnan und, erst vor zwei Jahren an den Start gegangen, in Łódź.

Im Extertal wird auf einer Fläche von 2.800 Quadratmetern produziert. 2024 schlug die damalige Geschäftsführung im Extertal Alarm, sie kündigte an, 50 der 120 Beschäftigten entlassen zu wollen. Betriebsrat und IG Metall schalteten sich ein, Verhandlungen über einen Interessensausgleich und Sozialplan begannen. Die Verhandlungen zogen sich bis März 2025, schließlich erklärte sie der Arbeitgeber als gescheitert und sie wurden beendet. Gestrichen wurden seitdem drei Stellen, die Kollegen wurden ordentlich betriebsbedingt gekündigt. Ansonsten sind alle Kolleginnen und Kollegen noch an Bord. »Neueingestellt wird aktuell allerdings niemand, so dass wir langsam weniger werden«, sagt Ivan Cetin, der Betriebsratsvorsitzende. Auch die Arbeitsabläufe wurden umgestellt, die Produktion läuft nun nur noch in zwei

Schichten mit minimaler Nachtschicht statt wie zuvor in drei Schichten. »Bei den Energiekosten, eine Maschine anzuheizen, macht das aus unserer Sicht wenig Sinn, wir haben auch darauf hingewiesen, vergeblich«, fügt der Betriebsratsvorsitzende an. Die aktuelle Lage und die Aussichten auf Aufträge sieht der Betriebsrat als schwankend an. Die Folge waren wiederholt Monate mit Kurzarbeit, für Juni hat der Betriebsrat die Kurzarbeit allerdings abgelehnt, ob es im Juli zu Kurzarbeit kommt, ist noch offen. »Die Kolleginnen und Kollegen sind immer noch verunsichert, aber inzwischen gibt es Bisschen Entspannung und Ruhe«, sagt Ivan Cetin, der seit 14 Jahren bei Gerdes arbeitet.

Einen Wechsel gab es in der Geschäftsführung: Seit 1. März ist Norman Weigand an Bord, Sandro Betke verließ das Unternehmen und wechselte zum benachbarten Friedrichs & Rath (siehe auch den Betriebsbericht auf Seite 3).

Stabilitätsanker in Zeiten des Wandels



Die IG Metall ruft Bundesregierung und Arbeitgeber zu einer engagierten und verlässlichen Sozialpolitik auf. »Der Sozialstaat ist mehr wert, als er kostet«, betonte IG Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban auf dem zweitägigen Sozialstaatskongress der Gewerkschaft Mitte Juni in Berlin. Über 200 Betriebsräte sowie Vertreter aus Politik und Wissenschaft diskutierten über die Zukunft des Sozialstaats, darunter als Delegierte der Geschäftsstelle Detmold Nikolaus Böttcher und Witalij Eichhorn, Betriebsrat bei Homag Kantentechnik in Lieme. Für die Sozialstaatsoffensive hatte die IG Metall in allen Geschäftsstellen die Mitglieder befragt, wie sie den Sozialstaat wahrnehmen. Die Ergebnisse wurden bei dem Kongress diskutiert. 89 Prozent sehen große Probleme. Lediglich jede und jeder Zweite (51 %) ist mit der persönlichen Absicherung zufrieden. Die Gewerkschaftsmitglieder erwarten vor allem, dass der Staat sozialen Frieden sichert und Chancengerechtigkeit schafft (jeweils 96 %), Leistung belohnt (95 %) sowie Schwächere und Schutzbedürftige unterstützt (93 %). »Der Sozialstaat ist kein Ballast, sondern ein Stabilitätsanker in Zeiten des Wandels – wirtschaftlich, sozial und demokratisch«, erklärte Hans-Jürgen Urban. Wer ihn schwäche, gefährde den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die IG Metall fordert daher eine offensive Sozialpolitik, die Sicherheit, Teilhabe und Gerechtigkeit garantiert.

Für eine solide Finanzierung des Sozialstaats erwarten die IG Metall-Mitglieder die Einbeziehung aller Berufsgruppen in die Sozialversicherungen (98 %), eine Reform der Beitragsbemessungsgrenzen (89 %) sowie die stärkere Heranziehung hoher Einkommen und Vermögender (87 %).

Im Mittelpunkt der IG Metall-Forderungen steht eine bessere Absicherung bei drohender Arbeitslosigkeit durch Kurzarbeit und eine stabile und verbesserte gesetzliche Rente. Urban betonte, dass zwölf Monate Arbeitslosengeld angesichts des wirtschaftlichen Wandels nicht ausreichen. Wer lange eingezahlt hat, müsse besser geschützt werden. Zudem soll das Bürgergeld als soziale Untergrenze nicht angegriffen, sondern zu einer solidarischen Grundsicherung weiterentwickelt werden. Die Metall verlangt massive Investitionen in die soziale Infrastruktur – insbesondere in Kitas, Pflege und Bildung.

Grundsätzlich fordert die IG Metall eine gerechtere Verteilung der Lasten. Hohe Einkommen und große Vermögen sollen stärker zur Finanzierung des Sozialstaats beitragen.

Unterschiedliche Lage, schwierige Sicht

Der Ausblick in der lippischen Kunststoffindustrie bleibt unklar – und zeigt sich weiter uneinheitlich. In einigen Betrieben entspannt sich die Lage, in anderen mangelt es an Folgeprojekten.

Bei **Coko** in Bad Salzuflen sind die Bücher seit Anfang des Jahres voll, das erste Halbjahr gab es viel zu tun. Doch die Aussichten sind bescheiden, die zweite Jahreshälfte könnte schlechter laufen. Neue Projekte sind aktuell nicht in Sicht. Bereits im Januar informierte die Geschäftsführung die rund 500 Beschäftigten über Schwierigkeiten. Seitdem schaut sich eine Beraterfirma die Zahlen genauer an und hat inzwischen ein vorläufiges Gutachten nach IDW S6 erstellt. Die Berater schätzen die Lage so ein, dass sich der Markt bis 2028 bereinigt und Unternehmen, die jetzt zu Dumpingpreisen am Markt sind, dann nicht mehr existieren. Daraus wird im Gutachten eine Phase bis 2028 abgeleitet, die es zu überstehen gilt. Für diesen Zeitraum empfiehlt das Gutachten Maßnahmen. Eine davon ist, bei den Beschäftigten zu sparen. »Wir halten das Gutachten für unzureichend. Es wirft doch eine Reihe von Fragen auf«, sagt Martin Brummermann, Betriebsratsvorsitzender bei Coko. Der Betriebsrat lässt die Lage und den Ausblick ebenfalls begutachten von sy.con, so weit wirtschaftliche Zahlen vorliegen.

Der Betriebsrat wurde von der Geschäftsführung über den aktuellen Stand der Restrukturierung informiert. Zudem gab es bereits Sondierungsgespräche, an denen neben dem Betriebsrat auch Daniel Salewski, Erster Bevollmächtigter der IG Metall, beteiligt war. »Im Moment sind wir noch im Prozeß. Die Geschäftsführung wird uns aber zu Verhandlungen auffordern, die einen Beitrag der Beschäftigten betreffen. Es war an unseren Mitgliedern bei Coko zunächst zu entscheiden, ob die IG Metall als Tarifpartei überhaupt mit der Arbeitgeberseite über eine Tarifabweichung verhandeln soll«, sagt Daniel Salewski. Darüber hat die Mitgliederversammlung bei Coko entschieden: Für den Fall das der Arbeitgeber die von den Mitgliedern festgelegten Bedingungen bestätigt, könnten Verhandlungen starten. »Für unsere Mitglieder gilt es eine Voraussetzung zu klären: Kein Verzicht, maximal eine Stundung. Das Geld muss nachweislich für Investitionen am Standort verwendet werden«, erläutert der Erste Bevollmächtigte weiter.

Die Mitglieder haben inzwischen ihre Verhandlungskommission gewählt. »So könnten wir dann zügig die Verhandlungen aufnehmen und spielen nicht auf Zeit«, sagt Daniel Salewski.

Ein Punkt des Gutachtes seitens der Geschäftsführung offenbart, dass das mit Abstand größere Problem das Coko-Werk in Łódź in Polen betrifft. Dem 2012 eröffneten Werk mit rund 250 Mitarbeitenden mangelt es aktuell an Aufträgen. Coko verfügt noch über ein drittes Werk in Cerkezköy in der Türkei. »Sollte sich bewährheiten, dass zu erwartende wirtschaftliche Schwierigkeiten vor allem das Werk in Polen betreffen, stellt sich die Frage, warum wir in Bad Salzuflen verzichten sollen«, sagt Martin Brummermann.

Für Coko in Bad Salzuflen läuft es nicht nur schlecht. So werden Wärmepumpen wieder verstärkt nachgefragt, ein namhafter Hersteller lässt dafür Kunststoffteile bei Coko fertigen. »Was für uns spricht, ist die räumliche Nähe zu vielen potentiellen Abnehmern, ein echter Standortvorteil. Und wir haben doch Geschäftsführung, um Teile auch für LKW zu produzieren, das kann sonst weit und breit niemand«, ergänzt Martin Brummermann.

Die Belegschaft ist über die Entwicklungen verunsichert, bei einer Betriebsversammlung Ende Mai hat die Geschäftsführung die Lage vorgestellt. Doch schlechte Stimmung herrscht deswegen nicht. »Wer wollte und konnte, konnte im ersten Halbjahr ordentlich was dazu verdienen durch Mehrarbeit samt Zuschlägen«, sagt Martin Brummermann. Es gab viel zu tun, Rückstände wurden aufgeholt. Die Mehrarbeit auch an Wochenenden war freiwillig und ist auch insoweit geregelt, dass als Leitplanke maximal zwei Samstage im Monat vereinbart sind, höchstens zwölf zusätzliche Samstage im Jahr.

Entsprechend sind betriebsbedingte Kündigungen seitens der Geschäftsführung kein Thema, zumindest ist dem Betriebsrat nichts bekannt. Vielmehr wird abgeschmolzen, indem frei werdende Stellen nicht wieder besetzt werden. »Einige Befristete wurden übernommen, andere nicht. In der Summe sind wir innerhalb eines halben Jahres schon 30 Kollegen weniger geworden«, erläutert Martin Brummermann. Das erhöht den Druck auf die Verbleibenden. Leiharbeiternehmer sind keine im Betrieb.

Aktuell verhandelt der Betriebsrat mehrere Betriebsvereinbarungen mit der Geschäftsführung. Bei allen dreien geht es um eine Modernisierung. Dazu gehört die Betriebsvereinbarung zur Urlaubsnahme, die solche Fragen regelt wie, bis wann Urlaub beantragt werden muss. Weiter soll eine Betriebsvereinbarung zur Verteilung der Arbeitszeit auf die Wochentage angepasst werden, gleiches gilt für eine Betriebsvereinbarung zur Arbeitskleidung.



Bei **Oskar Lehmann** in Blomberg Donop hat sich die Lage etwas verbessert. Der Betriebsrat schätzt ein, dass sich die Lage etwas beruhigt hat, aber immer noch nicht ausreichend ist. »Auch wenn niemand mit Gewissheit nach vorne schauen kann, tragen die harten Maßnahmen Früchte«, sagt der Betriebsratsvorsitzende Marcel Gerdt. Oskar Lehmann zählt aktuell 188 Beschäftigte, inklusive 17 Auszubildender. Erstmals seit Längerem wurde wieder eingestellt, ein Kollege fest, zwei befristet. Leiharbeiternehmer sind keine im Betrieb. Überstunden fallen keine an. Kurzarbeit hat das Unternehmen bis Ende 2025 angemeldet, für Juni ist keine geplant. Ob Kurzarbeit stattfinden muss oder nicht, wird in jedem Monat neu betrachtet.

Sehr erfreulich: Bei Oskar Lehmann lernen 17 Auszubildende. Einige schließen ihre Ausbildung in diesem Jahr ab. Im Au-

gust und September kommen sechs neue: drei Industriekaufleute, ein Mechatroniker, ein Kunststoff-/ Kautschuktechnologe und ein Maschinen- und Anlagenführer. »Die Zahl ist im Gegensatz zu den vergangenen Jahren leicht gestiegen. Einfach ist es nicht, Auszubildende zu gewinnen. Deswegen sind wir froh, dass es geklappt hat und das Unternehmen in die Zukunft investiert«, findet Marcel Gerdt. Noch in diesem Jahr stehen auch Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung an.

Bei **Ninkaplast** in Bad Salzuflen arbeiten aktuell 301 Beschäftigte. Neueinstellungen gab es im vergangenen Quartal keine. Zu den Stammbeschäftigten kommen rund zehn Leiharbeiternehmer. Die Auftragslage ist zufriedenstellend, wie im ersten Quartal auch schon. Allerdings zeichnet das Unternehmen einen verhaltenen Ausblick. Die Produktion ist rückläufig, während in den Lackieranlagen weiterhin Überstunden anfallen. In der Lackierlinie arbeiten die Kollegen von montags bis sonntags. Nach aktueller Einschätzung der Geschäftsleitung ist in der zweiten Jahreshälfte mit einer durchwachsenen Entwicklung zu rechnen.

Betriebsvereinbarungen werden aktuell keine verhandelt.

Im April und Mai standen drei Jubiläen mit 25 Jahren und ein Jubiläum mit 30 Jahren Betriebszugehörigkeit an. Der Betriebsrat gratuliert ganz herzlich.

Bei **Friedrichs & Rath** im Extertal arbeiten aktuell 204 Kolleginnen und Kollegen, die Zahl ist im Vergleich zu vor einem halben Jahr leicht rückläufig. Neueinstellungen gab

es in den vergangenen drei Monaten keine, Leiharbeiternehmer sind keine im Betrieb. Zwei junge Menschen lernen bei Friedrichs & Rath. Der Betriebsrat berichtet weiterhin von einer schwierigen Auftragslage. »Die Auftragslage schwankt weiterhin jeden Tag. Kunden verschieben Aufträge. Damit umzugehen und trotzdem zu planen, gehört mittlerweile zum

Tagesgeschäft«, sagt Jutta Kopischke, die Betriebsratsvorsitzende. Gearbeitet wird gelegentlich auch am Wochenende.

Entsprechend den mauen Aussichten im eigenen Betrieb und der Ungewissheit, ob die Wirtschaft im Allgemeinen wieder anzieht, bleibt die Unsicherheit bei der Belegschaft groß. Kurzarbeit gibt es seit Januar immer wieder, von Januar bis März. Im April und Mai ausgesetzt, ist für Juni erneut Kurzarbeit angesetzt.

Positiv für den Geldbeutel: Alle haben mit der Mai-Abrechnung eine zusätzliche Prämie erhalten, weil das vergangene Geschäftsjahr positiv verlaufen ist.

Seit dem 1. März hat Friedrichs & Rath mit Sandro Betke einen neuen Geschäftsführer. »Wir heißen ihn herzlich willkommen und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit«, sagt Jutta Kopischke, »zugleich bedanken wir uns bei Jürgen Exner für sein

Engagement in den vergangenen zweieinhalb Jahren und wünschen im für seinen neuen Lebensabschnitt alles Gute«.

Betriebsvereinbarungen zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat sind nicht in Verhandlungen. Es gibt aber Gespräche darüber, welche Betriebsvereinbarungen man noch umsetzen möchte.

Bei **Kingspan Light + Air GmbH** in Bad Salzuflen berichtet der Betriebsrat weiterhin von einer zufriedenstellenden Auftragslage. »Allerdings wissen wir nicht, wohin die Reise geht. Das liegt weniger an der konjunkturellen Entwicklung sondern mehr an unternehmerischen Entscheidungen«, sagt Halil Annac, der Betriebsratsvorsitzende. So ist der Teil der Produktion, die Standardware erzeugt, an einen Standort in der Slowakei verlagert worden. »Für uns bleiben die komplizierten Aufträge, was möglicherweise auf den Gewinn hier am Standort drückt«, ergänzt er. »Wir wollen auch in Zukunft unser volles Sortiment hier in Bad Salzuflen fertigen«.

In 2025 sind keine Leiharbeiternehmer im Betrieb, befristete Verträge laufen ohne Übernahme aus. Da zugleich Kollegen das Unternehmen verlassen, sei es weil sie wechseln oder in Rente gehen, verkleinert sich die Belegschaft aktuell. »In der Produktion schaffen wir das Volumen noch, auch weil Kollegen an den Maschinen hin- und hergeordnet werden. Auf Dauer wird es ohne Einstellungen aber nicht gehen«, ergänzt der Betriebsratsvorsitzende. Von einigen Kollegen in der Produktion wurde sogar bekannt, dass ihnen in jüngster Zeit Aufhebungsverträge angeboten wurden.

Weiterhin offen sind eine Reihe von Betriebsvereinbarungen. Bei der Arbeitszeit geht es vor allem um die Erfassung derselben. Das ist längst gesetzlich vorgeschrieben, wird jedoch im Betrieb nicht in allen Bereichen angewendet. So gibt es weiter rund 70 Kollegen, die mit Vertrauensarbeitszeit beschäftigt sind. »Der Arbeitgeber will offenbar alles lassen wie es ist. Wir hingegen sagen, Arbeitszeit muss erfasst werden. Vorstellen können wir uns etwa Gleitzeit im Angestelltenbereich«, sagt Halil Annac. Im Moment liegen die Entwürfe des Betriebsrats und der Geschäftsführung auf dem Tisch.

Ähnlich ist die Situation bei einer Betriebsvereinbarung zur Gefährdungsbeurteilung. Ursprünglich vom Betriebsrat eingefordert, um körperliche als auch für psychische Belastungen am Arbeitsplatz möglichst gering zu halten, besteht inzwischen Einigkeit mit der Geschäftsführung darin, dass es eine geben muss. Der Betriebsrat pocht auf seine Mitbestimmungsrechte. »Durch Umzüge haben sich Arbeitsplatzbedingungen verändert, es muss schwer gehoben werden, wir wollen da zum Schutz der Kollegen mitbestimmen«, sagt Halil Annac. Auch eine Betriebsvereinbarung im Bereich des Arbeitssicherheitsschutzes ist offen. Dabei geht es darum, wer wann und wie einzuladen ist, wie Dokumente verwaltet werden, wer Zugriffsrechte hat, um etwa Gefährdungsbeurteilungen einsehen zu können, es geht um Fragen des Datenschutzes und mehr. Der Betriebsrat hat einen eigenen Entwurf weitergereicht und inzwischen auch einen Entwurf der Geschäftsführung bekommen und sieht weiter Einigungsbedarf.

Andere Perspektiven

Aktive der IG Metall haben die Befragung zur Tarifrunde gemeinsam in einem Workshop vorbereitet. Waldemar Kloos war einer von ihnen.



Vier Workshops veranstaltet die IG Metall Detmold für Aktive in der lippischen Kunststoffindustrie. Am ersten im Mai in Paderborn nahmen 13 Kolleginnen und Kollegen teil. Einer von ihnen: Waldemar Kloos, Betriebsrat bei Coko.

Wie war dein Eindruck von dem Workshop?
Sehr gut. Zusammengekommen ist eine gute Mischung aus alten Hasen und engagierten Kolleginnen und Kollegen, die aktiv sind, aber nicht unbedingt in der ersten Reihe stehen. Sie bringen andere Ideen, Themen und Perspektiven ein, die sich gut ergänzen. Nicht alles muss neu erfunden werden, aber manchmal sind neue Impulse einfach gut. Bei dem Workshop ging es darum, die aktivierende Befragung im Vorfeld der Tarifrunde zu gestalten. Wir haben gemeinsam die Fragen formuliert und uns überlegt, wie wir auf die Kolleginnen und Kollegen im Betrieb zugehen wollen. Wir haben also am Grundgerüst für die Tarifbewegung mitgebaut.

Du warst dann auch einer derjenigen, die durch den Betrieb gegangen sind.
Unsere Idee war, nicht einfach einen Aushang zu machen wo drauf steht, dass wir eine Befragung machen und um Beteiligung bitten. Wir wollten mit den Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch kommen. Es ist ein Austausch entstanden und ich konnte viel mitnehmen. Zum Beispiel, dass Kollegen in der gleichen Abteilung und auch in der gleichen

Lohn- oder Gehaltsgruppe unterschiedliche Dinge wichtig sind. Geld und Zeit waren die beiden herausragenden Themen bei der Befragung, woran es jeweils am meisten mangelte, wurde ich den Vordergrund gestellt. Die einen brauchen dringend mehr Zeit, um sich etwa um Kinder oder kranke Eltern zu kümmern, die anderen mehr Geld. Wobei wir das in unserer Tarifforderung nicht gegeneinander stellen, wir fordern mehr Geld und eine Entlastungskomponente. Die Kollegen haben bei mir übrigens auf Papier geantwortet, das Gespräch war mir wichtig. Ich habe die Antworten später eingegeben und damit digitalisiert. Ein großes Thema, welches sich nicht in der Tarifforderung abbildet, ist die Gerechtigkeit, sowohl gesellschaftlich als auch im Betrieb. Gesellschaftlich ist dass allen klar, dazu braucht man nur mit offenen Augen durch eine Stadt zu laufen, um Armut und Reichtum zu sehen. Aber auch betrieblich geht die Schere zwischen oben und unten immer weiter auseinander. Darauf brauchen wir Antworten. Eine Gesellschaft, die immer ungerechter wird, wird auf Dauer nicht mehr funktionieren.

kurz berichtet

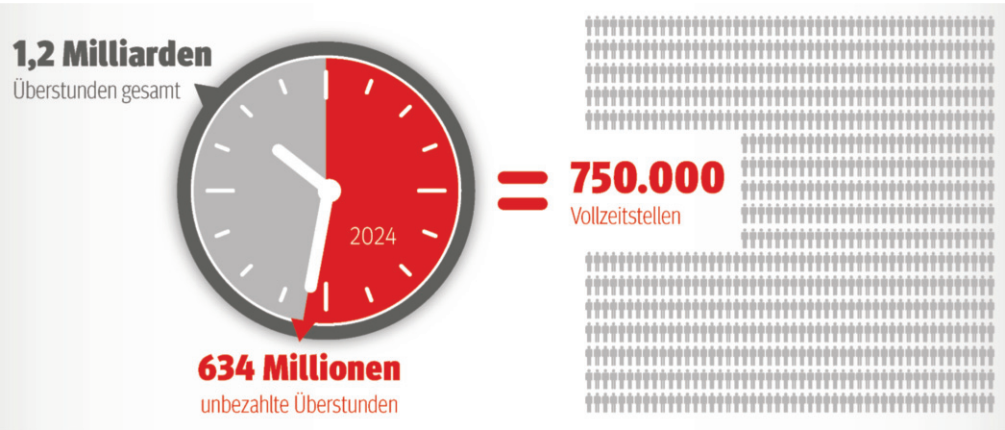
Aus Bürgergeld wird Grundsicherung für Arbeitssuchende

Parteien forderten im Wahlkampf, das Bürgergeld müsse weg, der hart arbeitenden Bevölkerung solle Gerechtigkeit widerfahren. Die neue Bundesregierung hat nun vereinbart, dass es ersetzt werden durch eine »Grundsicherung für Arbeitssuchende«. Mehr Druck soll so entstehen. Der Termin dafür steht allerdings noch nicht fest.

Auch in den Betrieben war von Kolleginnen und Kollegen immer wieder zu hören, dass das Bürgergeld umgebaut werden müsse, es lohne sich gar nicht mehr zu arbeiten. Wilde Rechnungen von Familien im Bürgergeldbezug, die mehrere tausend Euro abkassieren, machten die Runde. Diejenigen, die da geschimpft haben, haben allerdings übersehen, dass die Kampagne bestimmter Parteien nicht dafür gedacht war und ist, dass es den Abhängig Beschäftigten besser geht. Denn weniger Bürgergeld bedeutet nicht mehr Lohn, Erhöhungen müssen in Tarifrunden erstritten werden. »Im Prinzip fährt die neue Bundesregierung eine Drohkulisse gegenüber den Beschäftigten auf. Die Botschaft: Werde bloß nicht arbeitslos, falls dir das droht: nimm jeden noch so schlechten Job an. Denn in der Grundsicherung wird es dir schlecht ergehen«, kommentiert Nikolaus Böttcher, Sekretär der IG Metall Detmold.

Von wegen faul!

2024 haben Beschäftigte in Deutschland rund 1,2 Milliarden Überstunden gemacht. Mehr als die Hälfte (53,6 Prozent) davon war nicht bezahlt. Das zeigen Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB).



Einen schönen Sommer!

Knapp die Hälfte (47 Prozent) aller Beschäftigten bekommt Urlaubsgeld – wie das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung ermittelt hat. Gezahlt wird das vor allem Dank Tarifvertrag. Ohne Tarifvertrag ist das Urlaubsgeld eine freiwillige Einmalzahlung des Arbeitgebers. In der lippischen Kunststoffindustrie gibt es 50 Prozent eines Monatsentgelts als Urlaubsgeld.

Wir wünschen eine angenehme Sommerzeit und einen schönen Sommerurlaub!



Impressum

»Nachdruck«
Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Redaktion: Halil Annac, Nikolaus Böttcher, Martin Brummermann, Marcel Gerd, Esin Kocaaga, Dajana Nüsse-Klamann

Fotos: S2. unten IG Metall/ Henning Reith, S.3 und S4. oben und rechts: unsplash links, S.4 Grafik IG Metall

Redaktionsleitung, Layout und Satz: Manfred Horn

Verantwortlich i.S.d.P.: Daniel Salewski, IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, fon 05231. 99 190, eMail detmold@igmetall.de

Wir freuen uns über LeserInnenbriefe und Rückmeldungen. Vielleicht wissen Sie, weißt Du, von einem Thema, über das wir berichten sollten. Schreibe eine eMail mit dem Betreff »nachdruck« an: detmold@igmetall.de oder einen Brief an unsere Redaktionsadresse: IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32 756 Detmold

IG Metall – Eine starke Gemeinschaft. Jetzt Mitglied werden!

Die Beitrittserklärung können Sie bei Ihrem Betriebsrat, bei den Vertrauensleuten der IG Metall und in der Geschäftsstelle der IG Metall in Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, abgeben.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Auch möglich unter www.igmetall.de/beitreten

Eintrittsdatum



Name		Vorname		Geburtsdatum		Geschlecht	Mobitel.	☐ dienstlich ☐ privat	Telefon	☐ dienstlich ☐ privat
<input type="text"/>		<input type="text"/>		<input type="text"/>		☐ weiblich ☐ männlich	<input type="text"/>		<input type="text"/>	
Straße		Hausnr.	Land	PLZ	Wohnort		E-Mail	☐ dienstlich ☐ privat	Staatsangehörigkeit	
<input type="text"/>		<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>		<input type="text"/>		<input type="text"/>	
Ich bin ☐ Vollzeit beschäftigt ☐ Teilzeit beschäftigt ☐ in Altersteilzeit Arbeitsphase ☐ in Altersteilzeit Freistellungsphase ☐ Solo-Selbstständig										
Betrieb / Einsatzbetrieb		PLZ	Ort	Personal- /Stammnummer		Kostenstelle				
<input type="text"/>		<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>		<input type="text"/>				
☐ Leihbeschäftigte*r		☐ mit Werkvertrag		☐ befristet		von: <input type="text"/>		bis: <input type="text"/>		Verleihbetrieb: <input type="text"/>
Ich bin derzeit		☐ Auszubildende*r		☐ Dual Studierende*r		☐ Student*in		☐ Schüler*in		☐ Ferienbeschäftigte*r
		von: <input type="text"/>		bis: <input type="text"/>		wenn Student*in, Hochschule: <input type="text"/>				
IBAN						durchschn. mtl. Bruttoeinkommen, davon 1% Mitgliedsbeitrag =				
<input type="text"/>						<input type="text"/>				
						Mitgliedsbeitrag				
						<input type="text"/>				
Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% vom durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen. Studierende und Schüler*innen ohne Beschäftigung zahlen 2,05 Euro. Anspruch auf Leistungen besteht nur bei satzungsgemäßigem Beitrag.										
Beitritt: Hiermit trete ich der IG Metall bei und erkenne die Satzung dieser Gewerkschaft an. Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben zu meiner Person und nehme den Datenschutzhinweis der IG Metall zur Kenntnis.						Datenschutz: Mitgliedsdaten werden nur im Sinne der Satzung verwendet. Meine personenbezogenen Daten werden von der IG Metall und ihren gewerkschaftlichen Vertrauensleuten unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes für die Begründung und Verwaltung meiner Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Weitere Hinweise zum Datenschutz finde ich unter www.igmetall.de/datenschutz .				
SEPA-Lastschriftmandat (wiederkehrende Lastschriften): Glaubiger-Identifikationsnummer der IG Metall: DE71 2220 0000 0535 93, Mandatsreferenz: Mitgliedsnummer01. Ich ermächtige die IG Metall, den satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrag einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IG Metall auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.										

X Ort/Datum/Unterschrift